



Politik

»Ändern was dich stört!«: Das JUSO-Projekt 2007 bis 2011

Die JungsozialistInnen JUSO Schweiz haben in den letzten Jahren die vielleicht grösste Entwicklung in der Parteienlandschaft des linken Spektrums durchgemacht. Seit 2007 hat sich ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Gleichzeitig ist sie von einer weitgehend unbedeutenden Randerscheinung zur stärksten Teilorganisation innerhalb der Sozialdemokratie und zu einem vergleichsweise bedeutenden Player innerhalb der politischen Linken herangewachsen. Ob diese Entwicklung über mehrere Jahre nachhaltig sein wird, wird sich noch weisen. Aktuell ist die JUSO damit

beschäftigt, ihr Wachstum der letzten Jahre zu konsolidieren und den ›Generationenwechsel‹ zu vollziehen. Auf den nachfolgenden Zeilen versuchen wir – fünf ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz –, eine Art vorläufige Bilanz über die Entwicklung seit 2007 zu ziehen.

Selbstverständlich rationalisieren wir einen grossen Teil der folgenden Überlegungen a posteriori. Und selbstverständlich haben auch wir unsere Analyse und strategischen Überlegungen nicht zuerst Schritt für Schritt deduktiv erarbeitet, zu Papier gebracht und anschliessend umgesetzt. Wenn wir ehrlich sein wollen, war in aller Regel sogar das Gegenteil der Fall: Wir haben vieles nach dem Prinzip Chaos, quasi im Gehen, entwickelt. Vieles geschah nach dem Prinzip ›try and error‹. Viele theoretische und praktische Überlegungen haben wir zig-Mal diskutiert, zerredet, ausprobiert und anschliessend verworfen. Wahr-

Patrick Angele

war von 2005 bis 2010 GL-Mitglied der JUSO Schweiz. Er ist Mitglied des Stadtparlamentes in Dübendorf und arbeitet als Gewerkschaftssekretär bei der Unia in Zürich.

Sebastian Dissler

war von 2005 bis 2011 GL-Mitglied der JUSO Schweiz. Er arbeitet heute als Parteisekretär bei der SP Kanton Luzern.

Marco Kistler

war von 2007 bis 2011 GL-Mitglied der JUSO Schweiz. Heute ist er Gemeinderat in Glarus Nord und arbeitet beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund.

Tanja Walliser

war von 2008 bis 2011 GL-Mitglied der JUSO Schweiz und von 2009 bis 2011 deren Zentralsekretärin. Sie ist Stadträtin in Bern und arbeitet als Gewerkschaftssekretärin bei der Unia in Bern.

Cédric Wermuth

war von 2008 bis 2011 Präsident der JUSO Schweiz. Er ist Vize-Präsident der SP Schweiz, Einwohnerrat in Baden und arbeitet bei Solidar Suisse.



Politik

scheinlich sind wir sogar mit mehr Ideen gescheitert, als wir in den gemeinsamen Jahren in der JUSO-Geschäftsleitung umgesetzt haben. Wir verzichten allerdings hier auf den Versuch, die Ereignisse chronologisch nachzuzeichnen. Es erscheint uns legitim und zielführender, einige Überlegungen zu systematisieren. Dies ermöglicht es, unsere Konzeption und unsere Arbeit als Ganzes zu bewerten und zu kritisieren.

2007: Die Krise als Chance

Die eidgenössischen Wahlen von 2007 waren für die Sozialdemokratie in der Schweiz verheerend. Die Partei fuhr das schlechteste Wahlergebnis seit 1991 ein. Das Debakel der Mutterpartei verschonte auch die JUSO nicht: Neben der Jungen CVP blieb sie als einzige Jungpartei ohne eigene Nationalrätin oder eigenen Nationalrat. Die Jugendorganisation dümpelte seit Jahren mehr schlecht als recht dahin: Zwar mit viel intellektuellem Potenzial ausgestaltet, aber dafür wenig präsent und wenig attraktiv für junge Linke. Die Situation der SP und ihrer Jugendorganisation widerspiegelte die europäische Realität: Überall hatten die Sozialdemokratien mit ihren Projekten des neosozialliberalen dritten Weges historische Niederlagen eingefahren. Trotzdem war und bleibt für uns die Sozialdemokratie in der Schweiz ohne Alternative: Linksaussen war damals schon hauptsächlich damit beschäftigt, sich zu spalten und neu zu gründen. Auch die Jungpartei der Grünen bot keine Perspektiven. Die Inhalte der Jungen Grünen waren weit von einer machtkritischen Linken entfernt und weitgehend entpolitisiert.

Gleichzeitig war (und ist) die Dominanz der SVP über den politischen Diskurs erdrückend. Niemand wagte ernsthaft den Versuch, diese Deutungshoheit anzugreifen. Die Linke stand mit dem Rücken zur Wand und war in einer Art Schockzustand gefangen. Nach den brutalen Niederlagen des sozialliberalen Modells herrschte weitgehend Ratlosigkeit. Die Übernahme dieses Modells schien nicht mehr überzeugend. Zugleich fehlte in weiten Teilen der SP die Kraft und der Mut, um über alternative politische Strategien und Inhalte nachzudenken, die die nationalkonservativ-neoliberalen Hegemonie hätten in Frage stellen können. Paradoxerweise bildete genau diese Situation eine ideale Grundlage für den Versuch, eine neue linke Jugendbewegung aufzubauen. Die Bereitschaft, aussergewöhnliche Projekte und Überlegungen zu fördern, war deutlich höher als noch einige Jahre zuvor. Vieles, was die JUSO Schweiz in den kommenden Monaten und Jahren ausprobieren sollte, war nur möglich, weil wir – obwohl sich niemand über mangelnde Konflikte hätte beklagen können – von der Parteileitung der SP Schweiz gut getragen wurden: namentlich von Generalsekretär Thomas Christen,



Politik

Präsident Christian Levrat und Vize-Präsidentin Jacqueline Fehr. Sie haben uns viele der Spielräume verschafft, die uns erlauben sollten, eine »try and error«-Strategie zu verfolgen. Vielleicht der wichtigste Beitrag unserer Mutterpartei bestand darin, die nötigen Ressourcen für eine Teilprofessionalisierung unserer Arbeit zur Verfügung zu stellen. Während die JUSO Schweiz sich nach hitzigsten Debatten dazu durchrang, dem bisherigen Kollektivgremium Geschäftsleitung ein Präsidium voranzustellen, ermöglichte die SPS die Teilanstellung und -entlohnung des Präsidenten. Die erstmalige Einführung eines Präsidiums stiess allerdings auf massiven Widerstand namentlich aus der Romandie. Das ist mit ein Grund, warum die JUSO Schweiz nach wie vor eine stark deutschschweizerisch dominierte Organisation ist.

›Ändern was dich stört!‹ – Genau wissen, was wir nicht wollen

Die Erkenntnis, dass es so etwas wie eine nationalkonservativ-neoliberale Hegemonie und Deutungshoheit (im Sinne des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci) gibt, bildet so etwas wie den analytischen Grundkonsens unserer JUSO-Generation. Mit Gramsci lernten wir zu verstehen, dass diesem rechten Projekt nur die Spitze gebrochen werden könnte, wenn es der Linken wieder gelingen sollte, eigene Diskursräume ausserhalb der nationalkonservativ-neoliberalen Deutungshoheit zu schaffen. Am Anfang stand theoretisch dann auch nicht viel mehr als die Negation dieser Hegemonie. Es sollte sich allerdings bereits kurz nach der Einführung des Präsidiums im Frühling 2008 zeigen, dass alleine schon die konsequente Ablehnung des herrschenden Diskurses eine starke Anziehungskraft auf neu politisierte (z.B. durch den Schock der Finanzkrise), bisher heimatlose oder bereits enttäuschte junge Linke entwickeln sollte. Diese Erkenntnis ist für uns vielleicht eine der zentralen gewesen: Die konsequente Negation der nationalkonservativ-neoliberalen Deutungshoheit – also genau zu wissen, was wir nicht wollen – ist bereits ein grosser Teil einer linken Antwort. In der praktischen Kommunikationsarbeit findet sich dies auch im aktuellen Claim der JUSO Schweiz wieder: ›Ändern was dich stört!‹ ist eine Art Kürzestzusammenfassung dieser Überlegungen. Erst im Laufe der intensiven Beschäftigung mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Grundlagen neoliberaler Machtverhältnisse begann sich in Ansätzen eine Vorstellung dessen herauszubilden, was Sozialismus im Hier und Heute heissen könnte. Aktuell ist unsere Generation in der Partei dabei, die Konturen dieses Sozialismus weiter auszuarbeiten. Wir werden weiter unten darauf zurück kommen.



Politik

Radikaler Pragmatismus für einen liberalen Sozialismus

Zum Ende unsere JUSO-Zeit hatte sich dieser ideologische Konsens zu dem verdichtet, was wir vorläufig ›radikaler Pragmatismus‹ und ›liberaler Sozialismus‹ nennen möchten. Unter ›radikalem Pragmatismus‹ verstehen wir den Versuch, die Spielräume des real existierenden neoliberalen Kapitalismus so zu nutzen, dass eine graduelle Verschiebung der Machtverhältnisse in Richtung ihrer Auflösung stattfindet. Dies bedeutet, dass wir uns in unserer politischen Arbeit zwar hauptsächlich der Instrumente der bürgerlichen Demokratie bedienen. Jede Auseinandersetzung und jede politische Aktivität muss dabei allerdings dem Anspruch gerecht werden, die jeweilige ›sachpolitische Frage‹ auf die ›eigentlich politische Frage‹ zurückzuführen: Wie wollen wir unsere Gesellschaft organisieren? Die Linke muss in diesem Konzept auf konkrete Sachvorlagen Antworten entwickeln, die über die kurzfristige Perspektive einer Volksabstimmung oder einer lokalen oder nationalen Wahl hinausgehen. Dementsprechend halten wir es zwar für absolut richtig, dass die Linke die ›Abzockerdebatte‹ aufnimmt, lehnen es aber gleichzeitig ab, wenn sie dabei nur moralische Kategorien (gute oder böse Manager) verwendet oder eine Scheinlösung à la Minder-Initiative unterstützt, die nichts anderes tut, als die Macht innerhalb des Kapitalblocks vom einen Pool zum anderen zu verschieben. Es kann durchaus legitim sein, diese Debatte an der Verantwortlichkeit einzelner Firmen oder gar einzelner Manager aufzuhängen, aber sie darf dort nicht stehen bleiben, sondern muss zwingend die Frage nach der Macht über die Verteilung des ökonomischen Reichtums stellen. Ein Versuch, diesen ›radikalen Pragmatismus‹ konkret umzusetzen, ist die ›1:12-Initiative für gerechte Löhne‹. Sie fordert, dass der höchste Lohn, der in einem Unternehmen bezahlt wird, maximal das Zwölfwache des niedrigsten Lohnes betragen darf. Die Initiative illustriert gut, was wir unter radikal-pragmatisch verstehen: Sie geht zwar nicht so weit, die Frage nach der Verteilung der Produktionsmittel zu stellen, aber sie erlaubt es, die neoliberale Vorstellung des Primats des Ökonomischen über das Politische und damit die Frage nach der fehlenden demokratischen Gestaltung der Reichtumsverteilung zu stellen. Wir haben bewusst versucht, quasi an die Grenze dessen zu gehen, was der neue Diskursraum kurz nach der Finanzkrise zuließ. Es ist unsere Überzeugung, dass nur Projekte, die diesen Spielraum voll ausnutzen, geeignet sind, die Diskursräume nach links zu erweitern.

Der aktuelle politische Mainstream innerhalb der Sozialdemokratie widerstrebt vielen Jusos. Die sozialdemokratische Elite verkörpert viel von dem, was die Linke in den vergangenen Jahrzehnten träge und un-



Politik

glaubwürdig gemacht hat. Sie ist – wenn wir unter politisch eben das eigentlich Politische, also die Machtfrage, verstehen – oft stark entpolitisiert, steht dem bürgerlichen Establishment nahe und hat sich oft relativ bequem mit dem Status quo arrangiert. Die SP hat sich von einer modernistisch-progressiven Kraft stark zu einer Art Klassenpartei des soziokulturellen Mittelstandes entwickelt. Das zeigt sich unter anderem darin, dass sich die politische Grundhaltung sehr stark von einer emanzipatorischen hin zu einer pädagogisch-erziehenden gewandelt hat: Killerspiel- oder Paintball-Verbote, Wegweisungsartikel, Internet- und Videoüberwachung oder die Übernahme vieler repressiver Elemente etwa im Sicherheitspapier von 2008 sind nur einige Beispiele. Diese Politiken sind stark geprägt von der klassisch neoliberalen Überzeugung, man müsse die einfachen und ungebildeten Leute manchmal eben zu ihrem Glück zwingen. Gleichzeitig ist die Analyse herrschaftlicher Machtverhältnisse im sozialen, politischen und ökonomischen Bereich weitgehend hinter die Übernahme der Dogmen ›Standortwettbewerb‹ und ›Eigenverantwortung‹ zurückgetreten (wenn auch diese Entwicklung in der Schweiz im Vergleich mit der europäischen Sozialdemokratie weit weniger durchgeschlagen hat).

Dieser Tendenz stellt unsere Generation die gewiss nicht neue Idee eines liberalen (oder gar libertären) Sozialismus gegenüber. Darunter verstehen wir die konsequente Weiterentwicklung der Ideale der bürgerlichen Revolutionen im 18. und 19. Jahrhundert, namentlich der US-amerikanischen und französischen Revolution. Im Kern steht die Befreiung und Emanzipation des Individuums von Zwängen, Ausbeutung, Bevormundung und Unterdrückung sozialer, politischer oder ökonomischer Natur. Das politische Instrument findet sich in der radikalen Demokratisierung aller unserer Lebensbereiche. Dabei knüpfen wir neben Gramsci auch an Ansätze einer ›radikalen Demokratie‹ im Sinne von Laclau/Mouffe, eines libertarian socialism à la Noam Chomsky oder auch eines offenen Sozialismus wie bei Beat Ringger an. Dieses Ideal eines liberalen Sozialismus bedingt zwangsläufig eine konsequent positive Anthropologie des Menschen. Und wir sind auch überzeugt: Ohne Grundvertrauen in den Freiheitswillen, den der einzelne Mensch aufzubringen vermag, ist kein Sozialismus möglich. Diese Anthropologie verunmöglicht sowohl den Rückgriff auf das entmündigende Dogma von den ›Marktkräften‹ als auch die direkte politische Entmündigung im Namen einer unbegründeten höheren Moral des ›zum Glück zwingen‹, wie das sozialliberale und neoliberale Ansätze eben oft tun. Sie verlangt eine Politik, die statt ›Anreize‹ konsequent Freiheiten und Rechte, damit gemeinsame Verantwortung schafft, und die diese Freiheiten und Rech-



Politik

te nur insofern einschränkt, als sie die Freiheit anderer tangieren. Hier suchen wir nicht zuletzt auch sehr bewusst die Abgrenzung gegenüber früheren sektiererischen Jugendbewegungen in der politischen Linken und gegenüber allen pseudolinken, antidemokratischen, totalitären oder deterministischen Konzepten.

Eine politische Bewegung auf drei Pfeilern

Die Übersetzung dieser theoretischen Konzeption in politisches Handeln nennen wir – selbstverständlich nicht als erste – eine politische Bewegung. Dieses Konzept verstanden wir immer in Abgrenzung zu dem, was sich heute viele – teilweise zu Recht – unter einer ›Partei‹ vorstellen. Parteien und insbesondere die SP gelten gemeinhin wohl als langweilig, verstaubt, hierarchisch, intellektualistisch, abgehoben und unzugänglich. Die politische Bewegung soll genau das Gegenteil sein: Sie zeichnet sich dadurch aus, dass die Grenzen zwischen innen und aussen, unten und oben zerfließen und Politik nicht im Sitzungszimmer ›gemacht‹, sondern im konkreten Leben ›gelebt‹ wird. Eine politische Bewegung sucht im Unterschied zur politischen Sekte nicht den erleuchteten Weg zur reinen Lehre, sondern ist sich im Gegenteil der zwangsläufigen Widersprüchlichkeit ihres Handelns und des Handelns ihrer Mitglieder unter den Bedingungen des real existierenden Kapitalismus bewusst. Anders formuliert: Politik soll dort stattfinden, wo die Menschen leben, ohne dass man sie erst aufsuchen muss, und sie darf, soll, ja muss Spass machen. Beide Merkmale sind auch eine Art Antwort auf die neoliberale Definition dessen, was Politik ist: Etwas Verwerfliches, Kompliziertes, etwas für Experten, etwas, das man als Otto Normalbürger jedenfalls besser den scheinbar intelligenteren Eliten überlässt.

Wir fassen unsere generelle Strategie unter drei Stichwörtern zusammen: Die offensive Suche nach der medialen Öffentlichkeit, die Verbindung von Aktivismus und politischer Verantwortung, die politische Bildung. Uns war nach den Wahlen von 2007 sehr schnell klar, dass wir im Grunde als kleine Jungpartei nur zwei Optionen hatten: Entweder suchen wir konsequent die Öffentlichkeit, oder wir gehen vergessen und bleiben politisch irrelevant. Prinzipiell haben wir darauf nichts anderes getan, als die Titelseiten der einschlägigen Medien zu studieren. Die permanente ökonomische Krise der privaten Medien hat zu einer Art ›krisenhaftem Journalismus‹ geführt. Relevant ist dabei nicht (mehr) unbedingt, was politisch tatsächlich von Bedeutung ist, sondern was krisenhaft genug ist, um den repetitiven und standardisierten (Arbeits-)Alltag der Menschen zu durchbrechen und entsprechende Schlagzeilen, Ein-



Politik

schaltquoten und Klickraten zu erzielen (Gewalt, Sensationen, grosse Gefühle, Katastrophen). Diesen Spielregeln haben wir uns angepasst. Selbstverständlich konnte und kann man uns vorwerfen, so die verheerende Tendenz hin zum krisenhaften Journalismus nicht gerade angestossen, aber zumindest nicht gebremst zu haben. Wir sind aber auch im Rückblick der Überzeugung, das Richtige getan zu haben. Natürlich haben wir mittels einer starken Personalisierung und sehr offensiv die Medienöffentlichkeit gesucht. Dieses Spiel mit den Medien ist riskant, und gerade auch die starke Personalisierung der JUSO Schweiz auf die Person von Präsident Cédric Wermuth barg Risiken. Aber einerseits hat uns das einen Zugang zu weiten Kreisen von Jugendlichen eröffnet, die wir sonst nicht hätten ansprechen können. Und andererseits beweist der langfristige Erfolg der JUSO Schweiz auch nach dem Rücktritt der Generation um Cédric Wermuth, dass das tragende Band dieser Bewegung der politische Inhalt und die Aktivität ihrer Mitglieder ist und nicht eine mediale Figur. Provokation ist so lange legitim, als sie dazu dient, Raum und Aufmerksamkeit für die Thematisierung politischer Anliegen zu schaffen.

Ein grosser Teil der Jugendlichen, die nach 2007 zur Bewegung sties- sen, kamen dank der medialen Aufmerksamkeit zur JUSO. Allerdings haben die Medien sie dann nicht zu aktiven Mitgliedern gemacht und in der Bewegung gehalten. Dafür braucht es den zweiten Pfeiler: den Aktivismus. Teil der neoliberalen Strategie ist es, Politik zu einem geschlossenen, marginalisierten Subsystem in unserer Gesellschaft zu machen, ja unsere Lebenswelten generell weitgehend zu entpolitisieren. Mit dem Konzept einer aktivistischen Bewegung mit politischer Verantwortung versuchten wir, dieser Strategie ein Gegenmodell gegenüberzustellen. Im Wesentlichen ging es uns darum, Politik in den Lebensräumen der Menschen stattfinden zu lassen – ob nun in der Kantonschule, der Einkaufspassage oder in der Bankfiliale – und gleichzeitig mit einer bewussten parlamentarischen Strategie unseren radikal-pragmatischen Gestaltungsanspruch zu unterstreichen. Unserer Meinung nach scheitern viele linke Bewegungen daran, dass sie gewisse Elemente als gegensätzlich und einander ausschliessend betrachten – entweder ist man ein parlamentarischer Club oder ausserparlamentarische Opposition. Diese Ausschliesslichkeit halten wir für nicht zielführend. Die aktivistische ›Rückeroberung der Strasse‹ ist ein zentrales Element zur Repolitisierung unserer Gesellschaft. Wird sie dann begleitet von einer fundierten parlamentarischen Arbeit im Hier und Jetzt, verschafft man sich, so unsere Erfahrung, Respekt und Anerkennung weit über den Bewegungskern hinaus. So haben wir beispielsweise die UBS am Parade-



Politik

platz in Zürich mit einem Sit-in blockiert und gleichzeitig mit parlamentarischen Vorstössen gefordert, dass die Gemeinden und Kantone keine Geschäfte mehr mit den kriminellen Grossbanken betreiben. Diese Strategie schreit nicht ›Wir sind eine kleine radikale Minderheit!‹ und findet dann ihre Bestätigung in ihrer konsequenten Ablehnung durch die Mehrheit der Bevölkerung. Sondern sie arbeitet mit dem expliziten Anspruch, Hegemonie dort anzugreifen, wo sie am stärksten ist: in der Mitte der Gesellschaft.

Der vielleicht nachhaltigste Teil unserer Aufbauarbeit ist der Versuch, die interne Bildungsarbeit wieder in Gang zu bringen. In unserer politischen Arbeit sind wir gemeinsam zur Einsicht gekommen, dass die politische Bildung die wahrscheinlich stärkste Waffe im Kampf gegen neoliberale Denkmuster und Dogmen ist. In den vergangenen Jahren wurde sie sowohl in der Partei als auch in der Gewerkschaft sträflich vernachlässigt. Zwar führen wir Linken jede Menge Seminare durch, um unseren Mitgliedern beizubringen, wie sie sich vor den Medien besser präsentieren, mit Arbeitgebern verhandeln oder ihre Flyers gestalten können. Das mag die Karriere- oder Wahlchancen Einzelner verbessern, stärkt aber nicht die Bewegung als Kollektiv. Hingegen vergessen wir oft, unseren Mitgliedern das Rüstzeug mitzugeben, um die nationalkonservativen, neoliberalen Denkmuster zu entlarven, und das sowohl theoretisch als auch praktisch. Wir sind überzeugt, dass eine Bewegung, die Emanzipation predigt, auch versuchen muss, vorzuleben, was eine freie, sozialistische Gesellschaft sein könnte. Wir unterscheiden uns nicht nur ideologisch von den Bürgerlichen, sondern eben auch in der Wahl unserer Mittel. Mindestens so wichtig wie die theoretische Bildung ist uns deshalb die Vermittlung des praktischen Handwerks und von Bewegungsstrategien.

So haben wir versucht, die Bildungsarbeit auf allen Ebenen der JUSO zu intensivieren. Das Herzstück sind dabei die Sommer- und Osterlager. In mittlerweile wohl hunderten von Stunden haben die Jusos Workshops entwickelt und durchgeführt und werden das weiterhin tun (2011 erfolgte die dritte Ausgabe des Sommerlagers). Einer der zentralen Konfliktpunkte linker Bildungsarbeit ist die Frage nach dem emanzipatorischen Gehalt der Veranstaltungen. Wie emanzipatorisch ist es, Gramsci zu lesen, nicht aber Hart oder Negri? Und wie gehen wir mit der Tatsache um, dass wir schlicht nicht die Kapazitäten haben, um alles abzudecken? Ein Ansatz, um die fehlenden Kapazitäten im Bereich der politischen Bildung zu überwinden, wäre, etwas ältere GenossInnen und KollegInnen um ihre Unterstützung zu bitten. Allerdings mussten wir bei der Vorbereitung unserer ersten Lager feststellen, dass es relativ



Politik

schwierig ist, insbesondere GenossInnen und KollegInnen aus ›höheren‹ Partei- und Gewerkschaftsämtern für die Auseinandersetzung mit den Jusos zu gewinnen. Wir hätten uns oft mehr Unterstützung von der älteren Generation gewünscht.

›Ändern was uns stört!‹ – Weg mit der Angst!

Für alle von uns waren die vergangenen Jahre bei der JUSO ungemein lehrreich. Wir hätten niemals gedacht, dass wir innerhalb so kurzer Zeit schweizweite Bekanntheit erreichen, innerhalb der Sozialdemokratie zu einer Kraft werden, an der niemand mehr vorbeikommt, und als Jungpartei im Alleingang 120'000 Unterschriften für unsere 1:12-Initiative sammeln können. Wie bereits erwähnt, sind wir keinesfalls blind für unsere eigenen Fehler. Im Gegenteil: Wenn sich aus dem Aufschwung der JUSO Schweiz etwas ableiten lässt für die gesamte Linke, dann die Erkenntnis, dass der Erfolg wohl nicht ohne Fehlschläge und Niederlagen kommt. Wir Linken sind heute aufgrund einer diffusen Angst vor der möglichen Niederlage sehr oft bemüht, unsere Vorstösse und Initiativen bereits zum Vornherein ›mehrheitsfähig‹ zu machen, wobei ihre Wirkung auf den politischen Diskurs in aller Regel am Tag nach der Abstimmung bereits verpufft ist. Und dann, nach der Niederlage, lassen wir das Thema erst einmal ein paar Jahre liegen, sonst kämen wir uns ja vor wie die SVP.

Wir halten diese Zurückhaltung nicht zuletzt aufgrund unserer Erfahrungen in der JUSO Schweiz für falsch, ja verheerend. Diese linke Selbstbescheidung ist vielleicht sogar der grösste Erfolg, den die nationalkonservativ-neoliberale Hegemonie verzeichnen kann: Die Linke zensuriert sich selber. Wir getrauen uns nicht mehr, die Frage zu stellen, die wir die ›eigentlich politische Frage‹ genannt haben: Die Frage nach der Macht, nach der Hegemonie. Unsere Erfahrung sagt allerdings genau das Gegenteil: Die Spielräume für konterhegemoniale Diskurse und Bewegungen sind wahrscheinlich viel grösser, als wir sie uns heute zugestehen. Das Bedürfnis nach einer solchen neuen Bewegung und die Bereitschaft, ein solches Projekt mitzuziehen, sind viel grösser, als wir glauben. Wenn wir also ein Fazit oder eine ›Lehre‹ aus dem Aufschwung der JUSO Schweiz in den letzten drei Jahren ziehen wollen, dann dieses: Streifen wir endlich unsere Angst ab und ändern wir, was uns stört.